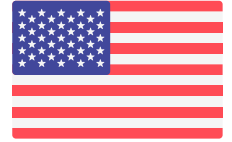


USA



Stabil / Unverändert 

Religion

Bevölkerung

Fläche

- Christen : **77.7%**
- Agnostiker : **15.3%**
- Juden : **1.7%**
- Muslime : **1.4%**
- Buddhisten : **1.3%**
- Andere : **2.6%**

324.119.000

9.833.517 Km²

Gesetzeslage zur Religionsfreiheit und deren faktische Anwendung

Das First Amendment – der erste Zusatzartikel zur Verfassung der Vereinigten Staaten – besagt, dass der „Kongress kein Gesetz erlassen darf, das die Errichtung einer Staatsreligion zum Gegenstand hat oder die freie Religionsausübung verbietet“.^[1] Der 14. Zusatzartikel zur US-Verfassung garantiert „allen in den USA geborenen oder dort eingebürgerten und deren Gesetzeshoheit unterstehenden Menschen“ Gleichheit vor dem Gesetz und das Recht auf ein ordentliches Gerichtsverfahren.^[2] Dies umfasst Gläubige und nicht religiöse Menschen. Artikel VI der US-Verfassung schreibt vor, dass „niemals ein religiöser Bekenntnisakt zur Bedingung für den Antritt eines Amtes oder einer öffentlichen Vertrauensstellung im Dienst der Vereinigten Staaten gemacht werden darf“.^[3] Die Verfassungen der 50 Bundestaaten enthalten ähnliche Vorschriften.

Gemeinsam garantieren diese staatlichen und bundesstaatlichen Bestimmungen allen Einzelpersonen und Religionsgemeinschaften die freie Religionsausübung und verbieten die Errichtung einer Staatsreligion. Der Vorsitzende des Obersten Gerichtshofs, Chief Justice John Roberts, drückte es einmal so aus: „Die Regierung der Vereinigten Staaten hat nur begrenzte Machtbefugnisse; der restliche Teil liegt bei den Bundesstaaten und dem Volk.“^[4] Die Bill of Rights der Vereinigten Staaten (die ersten zehn Zusatzartikel der Verfassung) und die verschiedenen Declarations of Rights, die Entsprechungen auf bundesstaatlicher Ebene, dienen alle demselben Zweck: Sicherzustellen, dass Einzelpersonen und Gruppen Rechtsbehelfe haben, wenn Regierungen in bestimmte Grundrechte eingreifen, die unabhängig vom Staat bestehen und nicht von ihm geschaffen wurden. Das erste dieser Rechte ist die freie Religionsausübung. Die Rolle der Regierung besteht darin, die Religionsausübung im öffentlichen Leben anzuerkennen, zu schützen und zu fördern, zum Teil durch das oben genannte Verbot der Errichtung einer Staatsreligion.

Das garantierte Recht auf freien Religionsausübung und das Verbot, die Vergabe öffentlicher Ämter von Bekenntnisakten

abhängig zu machen, schränken die Befugnisse des Staates ein. Sie fördern auch den Beitrag religiöser Institutionen zum „Gemeinwohl“ als Teil der traditionell engagierten amerikanischen Zivilgesellschaft, einschliesslich von Leistungen für Krankenhäuser und Kliniken, Universitäten, Grund- und weiterführenden Schulen, Waisenhäuser, Einwanderungsdiensten, Hospizen für Kranke und Sterbende, Suppenküchen und dergleichen. Laut einer Studie beträgt der geschätzte Beitrag der Religionen zur US-Wirtschaft 1,2 Billionen USD im Jahr, mehr als der Jahresumsatz der Top-10- Technologieunternehmen zusammengenommen, womit „die Religionen in den USA den 15. Platz unter den grössten Volkswirtschaften der Welt einnehmen würden.“^[5]

Zusätzlich zu den oben genannten Verfassungsbestimmungen gehören die folgenden, hier chronologisch aufgelisteten Gesetze zum Rechtsrahmen für Religionsfreiheit in den Vereinigten Staaten:

- Der Civil Rights Act (Bürgerrechtsgesetz) von 1964, der jede Form von Diskriminierung „aufgrund von Rasse, Hautfarbe, Religion, nationaler Herkunft oder Geschlecht“ verbietet“. Paragraph 7 des Gesetzes verlangt von Arbeitgebern, dass diese „den aufrichtig betriebenen religiösen Praktiken ihrer Bewerber und Arbeitnehmer angemessen Rechnung tragen, es sei denn, dies würde für den Betrieb des Arbeitgebers eine unzumutbare Härte darstellen“^[6]
- Der Religious Freedom Restoration Act (Gesetz zur Wiederherstellung der Religionsfreiheit) von 1993 schreibt vor, dass die „Regierung einer Person die freie Ausübung ihrer Religion nicht wesentlich erschweren darf, selbst wenn diese Erschwernis das Ergebnis einer allgemein anwendbaren Regel ist“. Der einzige Fall, in dem die Regierung „einer Person die freie Ausübung ihrer Religion wesentlich erschweren darf“ ist, wenn diese Erschwernis „(1) auf einem zwingenden Regierungsinteresse beruht; und (2) sie das am wenigsten restriktive Mittel zur Durchsetzung dieses zwingenden staatlichen Interesses ist“. Einundzwanzig Staaten haben ebenfalls Gesetze zur Wiederherstellung der Religionsfreiheit erlassen.^[7]
- Der Religious Land Use and Institutionalized Persons Act (Gesetz über Landnutzung für religiöse Zwecke und Institutionalisierte Personen) aus dem Jahr 2000 verbietet diskriminierende Landnutzungsregelungen zu Ungunsten einer Religionsgemeinschaft, z.B. im Falle von Land, das für religiöse Versammlungen oder Einrichtungen genützt wird, und sichert inhaftierten Personen die freie Religionsausübung zu.

Vorkommnisse

In den vergangenen Jahren hat die Zahl der Berichte über Gewalt und Diskriminierung gegenüber religiösen Minderheiten in den USA zugenommen. Muslime und Juden sind besonders betroffen. Die Statistik zur Hasskriminalität des Federal Bureau of Investigation (zentrale US-Sicherheitsbehörde, FBI) gab die Zahl der von den Strafverfolgungsbehörden gemeldeten, „von religiöser Gewalt angetriebenen Hassverbrechen“ mit 1.538 an. Etwa 55% dieser Taten wurden als antisemitisch eingestuft, etwa 25% als anti-islamisch^[8]

Dieser ebenso wie vorangegangene Berichte des FBI verweisen auf einen besorgniserregenden Trend in den Vereinigten Staaten. Seit 2014 ist die Zahl der gemeldeten „Hassverbrechen“ aufgrund religiöser Vorurteile um etwa 41% gestiegen. Beispiele dafür sind Fälle von Körperverletzung, Bedrohungen und Vandalismus. Der Anteil der als anti-islamisch eingestuften religiöser Gewaltverbrechen ist im selben Zeitraum um über 8% gestiegen. Generell hat der Anteil von Vorfällen, die als religiös motiviert gelten, in den letzten zwei Jahren zugenommen. Übergriffe aufgrund religiöser Vorurteile sind inzwischen die am zweithäufigsten gemeldete Kategorie von Übergriffen, noch vor den rassistisch motivierten Fällen und dicht gefolgt von Vorfällen aufgrund der sexuellen Orientierung^[9] Die Tatsache, dass in diesen Zahlen die vielen Verbrechen und Fälle von religiösen Vorurteilen und Diskriminierung, die nicht gemeldet werden, noch gar nicht enthalten sind, darf nicht auf die leichte Schulter genommen werden.

Diese beunruhigenden Tendenzen zu Gewalt und Diskriminierung spiegeln sich auch in den Ergebnissen öffentlicher Umfragen unter Mitgliedern religiöser Minderheiten wider, ebenso wie in den Berichten über die wachsende Zahl aktiver Gruppierungen in den Vereinigten Staaten, deren Vorurteile gegen Religion im Allgemeinen oder gegen bestimmte Religionen charakteristisch für ihre extremistischen Ansichten sind. Verbrechen gegen Muslime sind derzeit auf dem

höchsten Stand seit der Zeit nach den Angriffen vom 11. September 2001. Die Zahl anti-muslimischer Gruppen in den USA hat sich im Jahr 2016 verdreifacht.^[10] In einer Studie des Forschungsinstituts Pew Research Center von 2017 gaben 75% der US-Muslime an, dass „ein hohes Mass an Diskriminierung von Muslimen in den Vereinigten Staaten herrscht“, und 50% gaben an, dass es „in den vergangenen Jahren schwieriger geworden sei, als Muslim in den Vereinigten Staaten zu leben“.^[11] Die American Muslim Poll 2017 (Umfrage unter Amerikanischen Muslimen 2017) des Institute für Social Policy and Understanding (Institut für Sozialpolitik und Verständnis) berichtet ebenfalls, dass „Muslime die Glaubensgemeinschaft sind, die im vergangenen Jahr am häufigsten religiös bedingte Diskriminierung gemeldet hat“: 60% der befragten Muslime gaben an, im Zeitraum 2016-2017 solche Diskriminierung erlebt zu haben!^[12]

Konkrete Fälle von antimuslimischer oder antisemitischer Gewalt und Diskriminierung umfassten z.B. Vergehen wie die Ermordung eines Imams und seines Assistenten in New York, mehrere Brandstiftungen in Moscheen in Florida, Texas und im Bundesstaat Washington, reihenweise Bombendrohungen gegen die jüdische Gemeinde, und eine Vielzahl von Vorfällen mit der Schändung von Grabsteinen auf jüdischen Friedhöfen.^[13]

Ein ebenso beunruhigender Trend in den Vereinigten Staaten ist die schwindende Unterstützung für die Religionsausübung im öffentlichen Leben, insbesondere wenn es um die gewaltfreie Äusserung religiöser Ansichten geht, die unpopulär geworden sind. In einem Bericht des US-Menschenrechtsausschusses, einer vom Kongress zum Schutz der Bürgerrechte aller Amerikaner ins Leben gerufenen Institution, schrieb der Vorsitzende Martin Castro, dass „Phrasen wie ‚freie Religionsausübung‘ oder ‚Religionsfreiheit‘ so lange nichts weiter sind als Heuchelei, wie sie bloss Codewörter für Diskriminierung, Intoleranz, Rassismus, Sexismus, Homophobie, Islamophobie, die Vorstellung von christlicher Vorherrschaft oder jede Form von Intoleranz bleiben“. Castro warnte dann davor, dass „Religion, wie auch schon in der Vergangenheit, von denjenigen als Waffe und Schutzschild eingesetzt wird, die anderen Gleichheit nicht zugestehen wollen“, und verglich die Argumente der Religionsfreiheit im heutigen politisch-rechtlichen Diskurs mit denen, die man in früheren Jahrhunderten zur Rechtfertigung von Sklaverei und Rassetrennungsgesetzen benutzt hatte!^[14] Der Menschenrechtsausschuss, der 1957 in den Anfangstagen der Bürgerrechtsbewegung gegründet worden war, beschreibt sich selbst als „unabhängige, parteiübergreifende, für die Faktenermittlung zuständige Bundesbehörde“, deren „Auftrag es ist, die Entwicklung einer nationalen Bürgerrechtspolitik mit Informationen zu fördern und die Durchsetzung der föderalen Bürgerrechte und -gesetze zu unterstützen.

Castros Ansichten, die in einer offiziellen Publikation der US-Regierung geäussert wurden, stehen stellvertretend für eine zunehmend sichtbar werdende kulturelle Bewegung in Amerika, die die Ideen und Argumente amerikanischer Religionsgemeinschaften mit langer Tradition aus dem öffentlichen Diskurs verdrängen oder gänzlich daraus ausschliessen will. Der Trend spiegelt sich zum Beispiel in einer Entscheidung des Obersten Gerichtshofes, die im Fall Obergefell v. Hodges (2015) mit 5:4 Stimmen getroffen wurde und durch die ein neues Recht auf gleichgeschlechtliche Eheschliessungen in den ganzen USA erklärt wurde. Die Entscheidung beendete de facto die öffentliche Debatte zur gleichgeschlechtlichen Ehe zu einem Zeitpunkt, an dem erst 17 der 50 Staaten Massnahmen zur Anerkennung gleichgeschlechtlicher Verbindungen getroffen hatte. In Meinungsumfragen gaben zu diesem Zeitpunkt 39% aller erwachsenen US-Amerikaner an, gegen die gleichgeschlechtliche Ehe zu sein, darunter auch 66% schwarze Protestanten und 76% weisse evangelische Protestanten. Chief Justice John Roberts nannte die Entscheidung in einem Schreiben, in dem er sich von der Entscheidung distanzierte, „einen Akt der Willkür, nicht des rechtmässigen Urteils. Für das Recht, das sie verkündet, gibt es keine Grundlage in der Verfassung und keinen Präzedenzfall vor diesem Gericht“. Der Vorsitzende und drei weitere Richter, die die Entscheidung nicht mitgetragen hatten, warnten davor, dass die freie Religionsausübung durch die Entscheidung gefährdet sei und traditionelle religiöse Stimmen eventuell zum Schweigen gebracht würden, weil sie nicht mit den Ansichten des Oberen Gerichtshofs übereinstimmen.

Dieser Fall steht für eine breitere kulturelle Tendenz in den Vereinigten Staaten, traditionelle religiöse Ansichten über Sexualität, Ehe, Menschenrechte und andere Rechtsfragen und Fragen der öffentlichen Ordnung zu delegitimieren. Dieser Trend untergräbt sowohl die Klausel aus Artikel VI der Verfassung, die es verbietet, einen Bekenntnisakt zur Voraussetzung für ein öffentliches Amt zu machen, als auch das First Amendment. Beide Texte wurden zum Schutz aller religiösen Vorstellungen und Akteure des öffentlichen Lebens verfasst, in der Überzeugung, dass die Einbindung von

Religion im öffentlichen Bereich für die Gesundheit der amerikanischen Demokratie erforderlich ist. Diese Tendenzen bedrohen die Freiheit von Christen, Muslimen, Juden und Anhängern anderer Glaubenstraditionen, die zunehmend verurteilt werden, wenn Sie sich für Gesetze und eine öffentliche Politik auf Augenhöhe mit den liberaleren oder säkularen Kräften einsetzen. Sie spiegeln eine antipluralistische Bewegung im politischen und sozialen Leben der Vereinigten Staaten wider, die eine ernste Bedrohung für die Religionsfreiheit und die Demokratie an sich darstellt.

In den Vereinigten Staaten ist es zu religiös motivierten Terrorakten gekommen. Neun Vorfälle mit Todesopfern aus dem Jahr 2016 wurden von der Global Terrorism Database (Weltweite Terrorismus-Datenbank) als Terrorismus eingestuft, vier davon wurden von Dschihadisten oder muslimischen Extremisten begangen.^[15] Der tödlichste Angriff war der auf den Nachtclub „Pulse“ in Orlando, Florida, am 12. Juni 2016. Der Täter, Omar Mateen, hatte der Terrororganisation Islamischer Staat (IS) die Treue geschworen. Acht Menschen kamen im Jahr 2017 ums Leben, mehr als ein Dutzend wurden verletzt, als Sayfullo Habibullaevic Saipov mit einem Truck in der Nähe des World Trade Centers in New York in eine Menschenmenge fuhr. In einem Schreiben, das in der Nähe des Lastwagens gefunden wurde, hiess es, der Anschlag sei im Namen des IS verübt worden.^[16]

| Perspektiven für die Religionsfreiheit

Die Aussichten für die Religionsfreiheit in den vereinigten Staaten für die kommenden Jahre sind gemischt. Einerseits beteuert die Regierung von Donald Trump konsequent rhetorisch ihre Unterstützung für den Schutz der Religionsfreiheit. Begleitet wurde diese Rhetorik von einigen potenziell wirksamen Massnahmen, wie zum Beispiel einem Präsidialerlass, der den Generalstaatsanwalt anwies, Leitlinien für die Auslegung von Religionsfreiheit im Bundesrecht zu erstellen. Die daraus resultierende Richtlinie umfasste „20 übergeordnete Prinzipien, die staatliche Behörden und Ministerien in der Praxis anwenden können, um sicherzustellen, dass die Religionsfreiheit amerikanischer Bürger gesetzlich geschützt bleibt“^[17] und führte dazu, dass innerhalb des Ministeriums für Gesundheit und Soziales eine Abteilung für Gewissens- und Religionsfreiheit gegründet wurde.^[18] Solche Massnahmen auf Bundesebene, einschliesslich der erneuten Unterstützung des Justizministeriums in Gerichtsverfahren zur Religionsfreiheit, geben Anlass zur Hoffnung. Soweit sie die Religionsfreiheit aller Bürger und Gruppierungen in den USA fördern, bieten sie zumindest kurzfristig eine Verlangsamung der oben genannten negativen Trends.

Die Notwendigkeit, die zunehmende Polarisierung der Debatte um Fragen der religiösen Freiheit anzugehen, wird in der amerikanischen Zivilgesellschaft inzwischen anerkannt. Die Bischofskonferenz der Vereinigten Staaten ist heute eine der führenden Kräfte, wenn es um den Schutz und die Förderung der Religionsfreiheit in den USA geht. Im Juni 2017 stimmten die Bischöfe dafür, ihren Ausschuss für Religionsfreiheit zu einer dauerhaften Einrichtung zu machen. Sie sind wichtige Befürworter der Förderung und Verteidigung der Religionsfreiheit in Recht und Politik, einschliesslich der Veröffentlichung umfassenden Bildungsmaterials.

Nichtdestotrotz liegen auch verschiedene Umstände vor, die bei gläubigen und nicht-religiöse Amerikanern gleichermassen Sorge hinsichtlich der Zukunft der Religionsfreiheit in den Vereinigten Staaten auslösen dürften. Ein zentraler Umstand ist die zunehmende Gewalt und Diskriminierung von Nichtchristen. Anti-muslimisch und antisemitisch eingestellte extremistische Gruppen, wie z.B. die weisse nationalistische Bewegung, sind in jüngster Zeit deutlich sicht- und hörbarer in Erscheinung getreten, wie jüngst bei der berüchtigten Kundgebung in Charlottesville, Virginia, im August 2017.^[19] Das Versäumnis von Präsident Trump oder anderer Beamter sämtlicher Regierungsebenen, solche Gewalttaten unmissverständlich und konsequent zu verurteilen, fügt der Religionsfreiheit in den Vereinigten Staaten ernsthaften Schaden zu. Die zunehmende Normalisierung anti-muslimischer Rhetorik im politischen Leben Amerika, zusammen mit der Verbreitung unrichtiger, voreingenommener Medienberichte, die ganze Religionsgemeinschaften (sowohl Minderheits- als auch Mehrheitsreligionen) diffamieren, wird dieses Muster in absehbarer Zeit nur verstärken.

Langfristig betrachtet befinden sich Schutz und Förderung der Religionsfreiheit in den USA an einem Scheideweg. Im amerikanischen Verständnis von Religionsfreiheit wird der Wert von Religion für den Einzelnen und die Gesellschaft im Allgemeinen anerkannt, einschliesslich des inneren spirituellen Gewinns und der Vorteile für die Allgemeinheit durch die

Förderung des Gemeinwohls. Grundlegend für dieses Verständnis ist der Gedanke, dass Religion eines besonderen Schutzes bedarf, sowohl auf der Ebene des individuellen Gewissens als auch des öffentlichen Handelns, sowohl für sämtliche Einzelpersonen als auch alle Religionsgemeinschaften, so dass jeder die gleiche Teilhabe an religiösem Handeln in der Öffentlichkeit genießen kann. Dieses Verständnis der Religionsfreiheit ist eine der Säulen des amerikanischen Demokratie-Experiments und hat in den vergangenen zweihundertfünfzig Jahren einen wertvollen Beitrag zum Erfolg der Nation geleistet.

Religionsfreiheit ist für die Gesundheit der amerikanischen Demokratie unabdingbar, und jede Beschneidung der Religionsfreiheit ist nachteilig für die amerikanische Gesellschaft. Wenn nicht alle Amerikaner, ob gläubig oder nicht, aus allen Teilen der Gesellschaft gemeinsam handeln, um diese Freiheit zu schützen, könnte sie über kurz oder lang verloren gehen.

„Langfristig betrachtet befinden sich Schutz und Förderung der Religionsfreiheit in den USA an einem Scheideweg. Im amerikanischen Verständnis von Religionsfreiheit wird der Wert von Religion für den Einzelnen und die Gesellschaft im Allgemeinen anerkannt, einschliesslich des inneren spirituellen Gewinns und der Vorteile für die Allgemeinheit durch die Förderung des Gemeinwohls. Grundlegend für dieses Verständnis ist der Gedanke, dass Religion eines besonderen Schutzes bedarf.“

Endnoten / Quellen

[1] „U.S. Constitutional Amendments“, FindLaw, <https://constitution.findlaw.com/amendments.html>, (Zugriff am 29. Mai 2018).

[2]ebd.

[3] United States of America's Constitution of 1789 with Amendments through 1992, constituteproject.org, https://www.constituteproject.org/constitution/United_States_of_America_1992.pdf?lang=en, (Zugriff am 29. Mai 2018).

[4] Richard W. Garnett and John M. Robinson, „Hosanna-Tabor, Religious Freedom, and the Constitutional Structure,“ CATO Supreme Court Review: 2011-2012, herausgegeben von Ilya Shapiro, Cato Institute, S. 307.

[5] Brian J. Grim and Melissa E. Grim, „The Socioeconomic Contribution of Religion to American Society: An Empirical Analysis,“ *Interdisciplinary Journal of Research on Religion* 12.3. (2016), <http://www.religjournal.com/pdf/ijrr12003.pdf>, <http://faithcounts.com/wp-content/uploads/Summary-Sheet.pdf>, (Zugriff am 9. April 2018).

[6] „Laws Enforced by EEOC.“ U.S. Equal Employment Opportunity Commission, N.d, <https://www1.eeoc.gov/laws/statutes/index.cfm?renderforprint=1>, (Zugriff am 23. April 2018).

[7] Jonathan Griffin, „State Religious Freedom Restoration Acts“, National Conference of State Legislatures, 4. Mai 2017, <http://www.ncsl.org/research/civil-and-criminal-justice/state-rfra-statutes.aspx>, (Zugriff am 21. Februar 2018).

[8] „Hate Crimes Statistics, 2016“, Federal Bureau of Investigation, Herbst 2017, <https://ucr.fbi.gov/hate-crime/2016/topic-pages/incidentsandoffenses.pdf>, (Zugriff am 21. Februar 2018).

[9] „Hate Crimes Statistics, 2014“, Federal Bureau of Investigation, Herbst 2015, <https://ucr.fbi.gov/hate-crime/2016/topic-pages/incidentsandoffenses.pdf>, (Zugriff am 21. Februar 2018).

[10] Eric Lichtblau, „Hate Crimes Against American Muslims Most Since Post-9/11 Era“, *New York Times*, 17. September 2016, <https://www.nytimes.com/2016/09/18/us/politics/hate-crimes-american-muslims-rise.html>, (Zugriff am 21. Februar 2018); Mark Potok, „The Year in Hate and Extremism“, Southern Poverty Law Center, 15. Februar 2017, <https://www.splcenter.org/fighting-hate/intelligence-report/2017/year-hate-and-extremism>, (Zugriff am 21. Februar 2018).

[11] Katayoun Kishi, „Assaults Against Muslims in U.S. Surpass 2001 Level“, Pew Research Center, 15. November 2017,

<http://www.pewresearch.org/fact-tank/2017/11/15/assaults-against-muslims-in-u-s-surpass-2001-level/>, (Zugriff am 21. Februar 2018).

[12] Dalia Mogahed and Youssef Chouhoud, „American Muslim Poll 2017: Key Findings“, Institute for Social Policy and Understanding, 21. März 2017, <https://www.ispu.org/american-muslim-poll-2017-key-findings/>, (Zugriff am 21. Februar 2018).

[13] Holly Yan and Mayra Cuevas, „Spate of Mosque Fires Stretches Across the Country“, CNN, 2. März 2017, <https://www.cnn.com/2017/03/02/us/mosque-fires-2017/index.html>, (Zugriff am 21. Februar 2018); Daniel Burke, „Anti-Muslim Hate Crimes: Ignorance in Action“, CNN, 30. Januar 2017, <https://www.cnn.com/2017/01/30/us/islamamerica-excerpt-hate-crimes/index.html>, (Zugriff am 21. Februar 2018); „6th Wave of Bomb Threats Targeting the Jewish Community“, Anti-Defamation League, 2017, <https://www.adl.org/news/article/6th-wave-of-bomb-threats-targeting-the-jewish-community>, (Zugriff am 21. Februar 2018); Bill Morlin, „12 Days: Three Jewish Cemeteries Vandalized“, Southern Poverty Law Center, 2. März 2017, <https://www.splcenter.org/hatewatch/2017/03/02/12-days-three-jewish-cemeteries-vandalized>, (Zugriff am 21. Februar 2018).

[14] „Peaceful Coexistence: Reconciling Nondiscrimination Principles with Civil Liberties“, U.S. Commission on Civil Rights, 7. September 2016, S. 29, <http://www.usccr.gov/pubs/Peaceful-Coexistence-09-07-16.PDF>, (Zugriff am 21. Februar 2018).

[15] Global Terrorism Database, National Consortium for the Study of Terrorism and Responses to Terrorism, University of Maryland, http://www.start.umd.edu/gtd/search/Results.aspx?page=1&casualties_type=b&casualties_max=&start_yearonly=2016&dtp2=all&table, (Zugriff am 22. Mai 2018).

[16] Shimon Prokupez, Eric Levenson, Brynn Gingras und Steve Almasy, „Note found near truck claims Manhattan attack done for ISIS, source says“, CNN, 6. November 2017, <https://www.cnn.com/2017/10/31/us/new-york-shots-fired/index.html>, (Zugriff am 22. Mai 2018).

[17] „Attorney General Sessions Issues Guidance on Federal Law Protections for Religious Liberty“, Department of Justice, 6. Oktober 2017, <https://www.justice.gov/opa/pr/attorney-general-sessions-issues-guidance-federal-law-protections-religious-liberty>, (Zugriff am 9. April 2018).

[18] Fact Sheet: „President Trump Has Been a Champion for Religious Freedom“, The White House, 8. Februar 2018, <https://www.whitehouse.gov/briefings-statements/president-trump-champion-religious-freedom/>, (Zugriff am 21. Februar 2018).

[19] Andrew Katz, „Unrest in Virginia“, Time, undatiert, <http://time.com/charlottesville-white-nationalist-rally-clashes/>, (Zugriff am 29. Mai 2018).